

PRESSEMITTEILUNG

Grundwasserschutz in MV: Problem erkannt – Gefahr gebannt

Minister Dr. Backhaus macht am Rande der MeLa in Mühlengenez klar, dass bei dem Thema „Nitratbelastung im Grundwasser“ die Bundesländer nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen.

Von 53 Grundwasserkörpern in MV sind 11 wegen Nitrat im chemisch schlechten Zustand. Dies sind 18,4 % der Landesfläche und nicht 40 % wie in Nordrhein-Westfalen, 50 % wie in Schleswig-Holstein oder gar 60 % wie in Niedersachsen, wo in der Weser-Ems-Region eine mit der Situation in MV nicht vergleichbare hohe Viehbesatzdichte als Ursache in Frage kommt.

Dennoch bedürfen die erhöhten Nitratgehalte in einigen Grund- und Oberflächengewässern auch in MV Maßnahmen, um die Gehalte zu senken. Auch das Ziel „Vorbeugung weiterer Belastungen“ steht im Fokus der Landesregierung in MV.

Wichtige Stellschraube ist dabei die Düngeverordnung. Hierzu bekräftigt Minister Dr. Backhaus seine Haltung zur überfälligen Novelle der Düngeverordnung, dass diese ambitioniert erfolgen muss.

Sie ist das zentrale Steuerungselement, über die Düngung die Anforderungen an den Umwelt- und Gewässerschutz, insbesondere die Reduzierung der Nitratgehalte, umzusetzen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft trotz erforderlicher Einschränkungen zu gewährleisten.

Dass sich die Landesregierung in MV im besonderen Maße der Verantwortung für den Gewässerschutz stellt, wird auch durch das „Konzept zur Minderung diffuser Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Oberflächengewässer und in das Grundwasser“ deutlich. Auf Initiative von Minister Dr. Backhaus wurde das Konzept 2009 erstmals veröffentlicht und in diesem Jahr fortgeschrieben. Aktuell sind 36 Maßnahmen vorgesehen, die in enger Zusammenarbeit der Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsverwal-

LU

Schwerin, 16.09.2016

Nummer: 304/16

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz
Mecklenburg-Vorpommern
Paulshöher Weg 1
19061 Schwerin
Telefon: 0385 588-6003
Telefax: 0385 588-6022
E-Mail: c.marquardt@lu.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/lu

V. i. S. d. P.: Constantin Marquardt

tung mit Landwirtschaftsbetrieben umgesetzt werden sollen. Neben praktischen Anwendungen wie das Anlegen von Gewässerrandstreifen sind auch konzeptionelle Maßnahmen wie wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Beratungen vorgesehen. Da 85 % des Trinkwassers in M-V aus dem Grundwasser gewonnen werden, sieht das Konzept auch vor, das Grundwassermessstellennetz weiterzuentwickeln, um beispielsweise die Ursachenanalyse bei Grundwasserbelastungen zu verbessern.

Außerdem setzt die Landesregierung in MV als weiteren Bestandteil ihrer Stickstoffminderungsstrategie ihre erfolgreiche Förderpolitik der vergangenen Förderperiode fort und investiert weiterhin in den Ökolandbau sowie in Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM). Aktuelle Erhebungen zeigen, dass in M-V derzeit auf einer Fläche von 270.000 ha (über 20 % der Landwirtschaftsfläche in M-V) AUKM umgesetzt werden.

Da der Grundwasserschutz eine der größten Herausforderungen der nationalen Umweltpolitik ist, hat Minister Dr. Backhaus im Herbst 2015 mit seinem Antrag erfolgreich die Umweltministerkonferenz für das Thema gewinnen können. Die Forderung nach Aufnahme weiterer freiwilliger Maßnahmen des Grundwasserschutzes in das Nationale Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie, die Berücksichtigung von anderen Stoffen im Zusammenhang mit dem Nitratabbau und die Aufnahme von Schwellenwerten in der Grundwasserverordnung für pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metabolite werden den Grundwasserschutz in Deutschland ein ganzes Stück voranbringen.

Deutlich später als in MV wurde das Schlüsselthema Stickstoffminderung auch bundesweit ein Thema: Das Bundesumweltministerium arbeitet seit diesem Jahr an einer Stickstoffminderungsstrategie, die einen integrierten Ansatz verfolgt. Dies wird von der Landesregierung in MV ausdrücklich begrüßt. Die Strategie berücksichtigt also auch, dass nicht allein die Landwirtschaft Stickstoff in die Umwelt einträgt. Sektor- und medienübergreifend sollen Emissionen reaktiven Stickstoffs in Wasser, Luft und Boden mittel- bis langfristig auf ein umweltverträgliches Maß reduziert werden. Die Minderung der Stickstoffeinträge in die Umwelt ist eine politikübergreifende Aufgabe, die Beteiligte von der Landwirtschaft über Verkehr und Energie bis hin zum Verbraucher in die Verantwortung nimmt.